



Aus dem Verwaltungsgebäude «Widmen» wird in der hier illustrierten Form nichts.

zvg

Zurück an den Absender

Gemeindeversammlung Muri mit zwei heiss diskutierten Traktanden

Die Blockzeiten für die Unterstufe erhielten am Donnerstag eine komfortable Mehrheit. Auf dem falschen Fuss erwischt wurde der Gemeinderat hingegen von der Opposition gegen das Neubauvorhaben Widmen.

Thomas Strebel

So sollen Gemeindeversammlungen sein: gespickt mit Spannung versprechenden Traktanden und lebhaften Debatten zwischen dem Gemeinderat und der Bevölkerung. Ein Fest der direkten Demokratie, welches sich als Strassenfeger erwies. Trotz der Konkurrenz durch das WM-Barage-Spiel der Fussballnati war der Festsaal rappellvoll.

Dem Gemeinderat schwappte beim zweiten Traktandum Unmut

entgegen. Der Neubau des Verwaltungsgebäudes Widmen soll den Abteilungen Finanzen und Steuern, Soziale Dienste und der Repol ab 2019 eine neue Heimstätte geben. Nicht weniger als neun Votanten traten während der Diskussion um die Vorlage ans Rednerpult. Unterstützung erhielt der Gemeinderat nur von Doris Gasser von der SP. Alle anderen äusserten sich von dezent bis sehr kritisch über das Vorhaben und die Vorgehensweise des Gemeinderates bei der Vergabe des Projekts.

Widmen – ein «Spekulationsbau»?

Höhepunkt des Trommelfeuers war die Rede von Balz Käppeli, langjähriges Mitglied der Baukommission. Er warf dem Gemeinderat vor, er halte sich nicht ans Pflichtenheft, das er selbst geschaffen habe. «Wie kann es passieren, dass man mit einer Firma ein solches Projekt macht, die keinen

Architekten hat?» Angesprochen war das Architekturbüro Beeler, das vor einem Jahr beauftragt wurde, das Vorprojekt zur Projektreife zu bringen. Auch habe Balz Käppeli per E-Mail von befreundeten Architekten wenig schmeichelhafte Rückmeldungen zum Projekt erhalten. «Spekulationsbau wie in den 70er-Jahren» oder «Erledigungsarchitektur» seien die Urteile gewesen.

Architektin Alexandra Schuler war erschrocken über die Visualisierung. Der Bau sei problematisch und füge sich zu wenig ins Ortsbild ein. Sie stellte die Frage: «War die Denkmalpflege eingebunden?» Ein öffentlicher Bau müsse sensibler behandelt werden als ein Zweckbau. Sie äusserte sogar die Befürchtung, das Submissionsgesetz könnte verletzt worden sein. In diesem Falle könne eine Klage drohen.

» Fortsetzung auf Seite 2